



Samstag, 07. Februar 2026, 15:57 Uhr
~22 Minuten Lesezeit

Hitlers Rede

Die Argumente, die der „Führer“ zur Wiedereinführung der Wehrpflicht anführte, kehren in aktuellen Debatten in ähnlicher Weise wieder. Teil 4 von 4.

von Ulrich Falke
Foto: Gorodenkoff/Shutterstock.com

Sie gilt als eines der wichtigsten Dokumente der neueren deutschen Geschichte: die Rede von Adolf Hitler vom 3. Februar 1933, die der neue Reichskanzler vor dem Führungskreis der Deutschen Reichswehr, den

Generälen und Admirälen des Heeres und der Marine, gehalten hatte (1). Ihnen versprach „die Kreatur der Industrie“ (Carl von Ossietzky) (2) die Konterrevolution mit ihrem Ziel, den „Bolschewismus mit Stumpf und Stiel auszurotten“, die „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes“ nach Osten und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ulrich Falke interpretiert und umrahmt diese zeitgeschichtliche Rede mit Analysen und Reflexionen von politischen Geistesgrößen wie Hannah Arendt, Heinrich Böll, Rudi Dutschke, David Graeber, Julius Leber und Antje Vollmer. Der Publizist hält es für höchste Zeit für uns Deutsche, uns mit „unserem Hitler“ und damit mit der „Vergangenheit“ auseinanderzusetzen, um, mit Hannah Arendt und im Sinne von Julius Leber, „die Gegenwart zu verstehen und für eine bessere Zukunft zu kämpfen“ (3).

Albrecht – gefährlicher noch als Franz Josef Strauß

Bei seiner Amtsantrittsrede vor der militärischen Führung der Reichswehr am 3. Februar 1933 nannte Hitler als dritten Grund für die damalige Krise „die Vergiftung der Welt durch den Bolschewismus.“ Hierzu erklärte der vormals obdachlose und gescheiterte Kunstmaler, nun im Amt des Reichskanzlers: „Er ist die Weltanschauung derjenigen, die sich durch lange Arbeitslosigkeit an die Bedürfnislosigkeit gewöhnt haben.“

Auch sei „ja Tatsache“, so Hitler, „dass rassistisch niedrig stehende

Menschen zur Kultur gezwungen werden müssen. Wenn ein Rekrut nicht dauernd gezwungen wird, sich zu waschen, wäscht er sich nicht.“ (Protokoll 1) – Die Assoziationen zu dem übergriffigen „Hygiene-Video“ der derzeitigen EU-Präsidentin, wo sie ihre Zuschauer zu gebückten Persönlichkeiten und „Kind-Bürgern“ (4) zu erniedrigen versuchte, in dem sie vorgab, ihnen beibringen zu müssen, wie man sich die Hände „richtig“ wäscht, liegen nahe. (5)

Schon van der Leyens Vater schätzte Heinrich Böll monströser noch als Franz Josef Strauß ein. So lässt der Literaturnobelpreisträger von 1972 in seinem visionären Beitrag von 1982 „Der Spiegel 1950“ die Frage von fiktiven Enkeln und Urenkeln in dreißig Jahren stellen: „Habt ihr nicht begriffen, daß der andere, dieser Albrecht, viel gefährlicher war?“ (6)

„Wie kann Deutschland nun gerettet werden?“ Mit dieser Frage knüpfte Hitler an seine vorherigen Ausführungen zu den „kaum lösbar“en Problemen an, vor denen die Nation mit ihm als Kanzler an der Spitze stehe. Auf seine gestellte Frage antwortete der demagogische Rhetoriker selbst:

„Man kann die Arbeitslosigkeit auf zweierlei Art beseitigen: 1.) durch Export auf jeden Preis und mit jedem Mittel 2.) durch groß angelegte Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat. Dieser letzte Weg wäre mein Vorschlag.“

In einem Zeitraum von 50–60 Jahren würde man auf diese Weise „einen vollkommen neuen gesunden Staat haben“, führt der Redner weiter aus. „Doch“, schränkt Hitler seinen „Zukunftsentwurf“ ein: „Die Verwirklichung dieser Pläne kann erst in Angriff genommen werden, wenn die Voraussetzungen dazu geschaffen sein werden. Diese Voraussetzung heisst Konsolidierung des Staates. Demokratie und Pazifismus sind unmöglich.“ Jeder Mensch wüsste, „dass Demokratie im Heer ausgeschlossen ist. Auch in der Wirtschaft ist

sie schädlich. Betriebsräte wie Soldatenräte sind der gleiche Unsinn. Warum hält man also eine Demokratie im Staate für möglich?“
(Protokoll 1, siehe auch die Protokolle 2 und 3)

Ergebnis der Suche nach dem besten Staat: Alle Macht den Räten!

Dem steht das Modell der konsequenteren Demokratie, die Rätedemokratie, wie sie Hannah Arendt favorisierte, entgegen. Nach Arendt sollte die Bestenauswahl, um, in immer größeren Einheiten, letztlich einen Staat – angelehnt, sicherlich, an die ihr vertraute Vorstellung Platons vom „Ideal“-Staat (in dem die Führung selbst, aus gutem Grund, kein Eigentum besitzen darf) – „best“-möglich zu lenken, von der Basis aus erfolgen.

In ihrem Essay „Macht und Gewalt“ von 1969, in dem sie sich vornehmlich kritisch mit den Unruhen und den „Studenten-Rebellionen“ Ende der 1960er-Jahre in den USA und in (West-)Europa auseinandersetzt, führte sie hierzu weiter aus:

„Zwar stammt die einzige positive Lösung der neuen Bewegung, der Ruf nach ‚Mitbestimmungsdemokratie‘ (participatory democracy), aus dem Besten der revolutionären Tradition: dem Rätesystem, dieser immer wieder vernichteten, einzig authentischen aus der Revolution geborenen Staatsform; aber sie lässt sich weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach bei Marx und Lenin nachweisen, die beide in den Räten nicht mehr sahen als vorübergehende Organe revolutionärer Aktion“ (7).

In ihrem umfänglichen Interview mit dem Publizisten Adelbert Reif (1936–2013) antwortet sie auf dessen Frage, „von welchem anderen Staatsbegriff“ sie ausgehe“:

„Der einzige Ansatz, den ich für einen neuen Staatsbegriff sehe, würde im föderalistischen System liegen, dessen Vorteil darin besteht, daß Macht weder von oben noch von unten, sondern gleichsam horizontal kontrolliert und in Schach gehalten wird.“

Das Rätesystem konkretisiert Arendt als „Organisationsprinzip, das von unten beginnt, sich nach oben fortsetzt und das schließlich zu einem Parlament führt“. Anders als die föderalistischen Einheiten, wie in Deutschland die Kommunen, die, so Arendt, politisch bedeutungslos – zudem oft auch „Zufluchtsstätten für Leute, die politisch Schiffbruch erlitten haben,“ sind – wollen die Räte genau das Gegenteil: Sie wollen mitbestimmen „auch wenn sie ganz klein anfangen.“ Auch sei „die Zelle, in der wir unsere Stimmzettel abgeben, (...) zweifellos zu klein, denn in dieser Zelle ist Platz nur für einen. Die Parteien sind dafür ganz ungeeignet; da sind wir doch nur Stimmvieh.“ (8)

Förderung von Mittelmaß durch die Ochsentour innerhalb der Partei hierarchie

Fundamentalkritik an dem Auslesesystem der politischen Führung durch das Parteiensystem übte bereits der ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD-Fraktion und ab 1933, Querfront-Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime Julius Leber. In seiner Analyse „Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“ folgert der Publizist: Ein Wahlsystem als „Vorgang mit seinen Listen wird in seiner eigentlichen Funktion, der Auslese von geeigneten Männern und der Vertrauenskontrolle zwischen Volk und Führung zu dienen, nicht im Geringsten gerecht, sondern überträgt einfach die Ochsentour der Partei hierarchie in die Politik.“

Der nicht zuletzt von Golo Mann (1909–1994) und Karl Jaspers (1883

–1969) hochgeachtete Politiker folgerte weiter, „eine solche Parteiherrschaft ist niemals demokratische Staatsführung, denn die eigentlichen Machthaber üben ihren Einfluß in geschlossenen Konferenzzimmern aus, anonym, ohne sichtbare Verantwortung.“

In diesem Zusammenhang zitiert Leber, wie er schreibt, einen so gewichtigen Kritiker wie Gustav Stresemann (1878–1929), dessen Kritik an dem Wahl- und Auslesesystem, ebenso wie die von Leber selbst, innerhalb der SPD keinen Widerhall fand:

„Man lese nur die letzte Reichstagsrede dieses seltsam geschmeidigen und klugen Mannes vom 29. Juli 1929. Mit einiger Bitterkeit sprach er von einer umgekehrten Diktatur, unter der Deutschland stehe, da statt der Regierung die Parteien herrschten, und zwar unnachgiebig und mit diktatorischen Ansprüchen.“

Durch diese Verfahren werden nicht die Besten und Geeigneten, sondern die stromlinienförmigen und durch den Parteiapparat zurecht geschliffenen Karrieristen und Opportunisten und damit, im besten Fall, so Leber, „das Mittelmaß“ in die höchsten politischen Ämter befördert. (9)

So interpretiert auch der russische Historiker und seit Jahrzehnten Politikberater auf höchster Partei- und Staatsebene Sergej Alexandrowitsch in dem von Multipolar aktuell veröffentlichten Interview das „gesamte sogenannte ‚demokratische‘ Europa“ als Fehlentwicklung, das sich „seinerzeit kampflos Napoleon ergeben und sich unter seine Fahnen gestellt“ habe.

„Stattdessen“, so Alexandrowitsch, „brauchen wir eine effektive lokale Selbstverwaltung und das, was ich als „Führungsdemokratie“ bezeichne. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine klassische aristokratische Republik auf höchster Ebene, ergänzt durch eine starke Demokratie vor Ort, wo die Menschen ihre

lokalen Angelegenheiten selbst regeln können. Aber auf keinen Fall um eine europäische Demokratie.“ (10)

50 Prozent der Bevölkerung halten den Staat für ein Unterdrückungsinstrument

Hitler zeichnete vor seinen Zuhörern ein möglichst finsternes Bild von der gesellschaftlichen Gegenwart seinerzeit, um sich und „seine Bewegung“, umso mehr als „Retter“ zu inszenieren.

Die Lage sei „so, daß heute 50 Prozent des Volkes einen Staat in unserem Sinne wollen und positiv zum Nationalsozialismus eingestellt sind, während 50 Prozent den Staat verneinen und sagen, er sei nichts als ein Unterdrückungsinstrument gegen sie. Die einen verabscheuen den Landesverrat“, so der neue Reichskanzler, „die anderen sagen, Landesverrat ist unsere Pflicht. Und beiden lässt die Demokratie ihre freie Meinung. Nur wenn die einen dann ihrer Weltanschauung entsprechend tatsächlich Hochverrat begehen, werden sie bestraft. Das ist widerspruchsvoll und sinnlos.“

Daraus leitet der Redner ab, dass „es unsere Aufgabe (ist), die politische Macht zu erobern, jede zersetzende Meinung auf das schärfste zu unterdrücken, und das Volk zur Moral zu erziehen. Jeder Versuch des Landesverrats muss rücksichtslos mit dem Tode bestraft werden. (...) „Niederwerfung des Marxismus mit allen Mitteln ist mein Ziel.“ (Protokoll 1)

In seinen weiteren Ausführungen „entwickelt“ der spätere Diktator, welches „Menschenmaterial“ er den ihm zuhörenden Generälen und Admirälen künftig anbieten will, wenn die Wehrpflicht, zu der er sich bekennt, eingeführt ist.

Mit dem völkerrechtlich verbindlichen Versailler Vertrag war die Wehrpflicht 1919 für Deutschland ausgesetzt worden. Zudem war die maximale Truppenstärke der allein aus Berufssoldaten bestehenden Reichswehr festgelegt. 1935 setzte sich die Regierung unter Adolf Hitler über diese Reglementierungen hinweg und führte die Wehpflicht im Deutschen Reich wieder ein.

Bedenken äußerte der neue Kanzler nicht wegen der Völkerrechtsverletzungen, sondern wegen möglicher politischer Überzeugungen von künftigen Rekruten, die zum Wehrdienst verpflichtet werden sollten. Daher, so Hitler, muss „die Erziehung der Masse (...) dahin gehen, dass der Wehrmacht moralisch intakte Menschen gegeben werden, und in diesem Zustand muss der einzelne nach der Entlassung erhalten bleiben. (...) Der Nationalsozialismus muss alle Teile des Volkes erfassen, um eine Verbesserung des geistigen Bodens zu erreichen.“ (Protokoll 3)

Den Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten

Denn, so der Vortragende, „was nützt eine Armee aus marxistisch infizierten Soldaten? Was nützt die allgemeine Wehrpflicht, wenn vor und nach der Dienstzeit die Soldaten jeder Propaganda zugänglich sind?“ Hitler weiß die Lösung:

„Erst muss der Marxismus ausgerottet werden. Dann wird das Heer durch die Erziehungsarbeit meiner Bewegung erstklassiges Rekrutenmaterial haben, und es wird die Garantie bestehen, dass der Geist der Moral und des Nationalismus auch nach der Dienstzeit in den Rekruten erhalten bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, erstrebe ich die gesamte politische Macht.“

Seinem Auditorium verspricht Hitler: „Ich setze mir die Frist von 6–

8 Jahren, um den Marxismus vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein, eine aktive Aussenpolitik zu führen.“ Das Ziel der „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes (...) würde wahrscheinlich der Osten sein.“ Da aber „eine Germanisierung der Bevölkerung des annexierten beziehungsweise eroberten Landes“ nicht möglich ist, so der neue Kabinetts-Chef – man könne „nur Boden germanisieren“ – müsse man „wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen.“

Und als wolle der Redner die ihm zuhörenden Generäle und Admiräle beruhigen, fügt er hinzu:

„Für den inneren Kampf habe ich mir meine eigene Waffe geschaffen, die Armee ist nur da für aussenpolitische Auseinandersetzungen.“

Deshalb werde die Entwicklung in Deutschland auch anders verlaufen „als die des italienischen Faschismus. Wir werden genau so den Marxismus niederschlagen wie er. Aber unser Verhältnis zur Armee wird ein anderes sein. (...) Die ruhmreiche deutsche Armee in der noch derselbe Geist herrscht, wie während ihrer Heldenzeit im Weltkrieg, wird selbstständig ihre Aufgaben erfüllen“, schmückt der Redner die geplante „Arbeitsteilung“ für die künftige Repression, Verfolgung und Vernichtung von Kommunisten und Pazifisten weiter aus:

„Ich habe mit meiner Bewegung jetzt schon einen Fremdkörper im demokratischen Staat gebildet, der seiner ganzen Struktur nach sofort befähigt ist, den neuen Staat aufzubauen. Sie bildet eine Hierarchie mit unbedingter Befehlsgewalt, ein Abbild des neuen Staates im Kleinen.“

Dieser Antikommunismus und diese „Moral“, von der Hitler sprach, denen, nach dessen Einschätzung seinerzeit bereits die Hälfte der Deutschen anhingen

und alle anderen dazu noch erzogen oder andernfalls vernichtet werden sollten, „gipfelten“ – wie mindestens alle politisch gebildeten Menschen auf dem gesamten Erdball wissen sollten – in den „Todesfabriken von Auschwitz“.

In seiner Denkschrift von 1981 „ab 4.45 uhr wird zurückgeschossen. Polen: 1. September 1939“ erinnert der ehemalige SPD-Politiker Hans Apel (1932–2011, Bundesminister für Finanzen und schließlich für Verteidigung 1974 bis 1982 im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Schmidt):

„Millionen Menschen aus ganz Europa wurden in die 6100 Lager und Todesfabriken verschleppt, von deren grausigster, Auschwitz, heute noch eiskalter Atem nur bei der Nennung des Namens herüberweht. (...) Fast 4 Millionen Menschen wurden dort bestialisch ermordet.“

Und, auch diesen dort Ermordeten gedenkt Apel, der damit zugleich bewies, dass es auch in der Bundesrepublik deutsche Spitzen-Politiker mit historischem Bewusstsein gab, die Würde und Ehrfurcht besaßen:

„Von 17775 eingelieferten sowjetischen Kriegsgefangenen lebten bei der Befreiung durch die Rote Armee noch 146.“

Der Autor wählte für den Buchtitel ein dokumentarisches Foto, zu dem er auf der Umschlagseite erläuterte: „SS-Einsatzgruppe bei einer Mordaktion gegen polnische Menschen.“ Apel erinnert damit an die bei diesen „Säuberungen“ verübte skrupellose Gewalt der den Frontsoldaten nachrückenden SS- und Polizei-Einheiten mit ihrem oktroyierten und verinnerlichten Vernichtungswillen. „Eingeübt“ beim „Überfall“ auf Polen, dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, wurde das systematische Morden der „Einsatzgruppen“ ab 1941 in den „eroberten“ Teilen der Sowjetunion „perfektioniert“. (11)

ab 4.45 Uhr wird zurückgeschossen

Polen: 1. September 1939

Von Hans Apel



„Repro des Titels der Gedenkschrift von Hans Apel (1932 bis 2011) aus dem Jahr 1981. Zu dem Foto erläuterte der Politiker und Autor: „Umschlagseite: SS-Einsatzgruppe bei einer Mordaktion gegen polnische Menschen.“ Repro: Falke“)

Deutschland – eine Nation ohne

Scham, ohne Reue und ohne Erinnerung

An die Massenmorde der Deutschen von „schätzungsweise 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen“ erinnert auch der World Jewish Congress (WJC): „Nach den Juden (waren sie) die zweitgrößte Gruppe der von den Nazis gezielt ermordeten Opfern.“ Sie wurden „von den Nazis als Untermenschen und Teil der „kommunistischen Bedrohung“ betrachtet.“ Das ist auf den in mehreren Sprachen übersetzten Bildungsseiten zu den „Fakten des Holocaust“ zu erfahren. Selbstverständlich gedenkt der historisch bewusste und kultur-sensible WJC auch der weiteren Opfergruppen des anti-kommunistischen und rassenwahnsinnigen NS-Regimes:

„Juden waren nicht die einzigen Opfer der Verfolgung durch die Nazis. Die nazideutschen Behörden zielten besonders auch auf andere Gruppen ab, die als rassistisch und biologisch minderwertig empfunden wurden, wie etwa Roma, Menschen mit Behinderungen und bestimmte slawische Völker, insbesondere Polen. Auch die kleine Anzahl schwarzer Deutscher wurde verfolgt, diskriminiert, verhaftet, sterilisiert und ermordet. (...)“

Andere Gruppen wurden aus politischen, ideologischen und verhaltensbedingten Gründen verfolgt, darunter Kommunisten, Sozialisten, Zeugen Jehovas und Homosexuelle. Nach dem deutschen Einmarsch in die UdSSR im Juni 1941 ermordeten mobile SS-Spezialeinheiten, die sogenannten Einsatzgruppen, in den von Deutschland besetzten sowjetischen Gebieten sowjetische Beamte und Kommunisten sowie Roma zusammen mit schätzungsweise 2.000.000 Juden.“ (12)

An die von den Deutschen in ihren Lagern meist durch Aushungern begangenen Massenmorde an sowjetischen Kriegsgefangenen gedachte auch Heinrich Böll – mit dessen Namen sich die heutige

Kriegstreiber- und Russenhetzer-Partei Bündnis 90/Die Grünen durch ihre Stiftung noch immer tarnt. Im Gegensatz zu dieser, militärische Gewalt verherrlichenden Partei der gehorsamen Untertanen und Anbeter von Rüstung, Big Pharma und Obrigkeitstaat verachtete Böll die Macht, wie Marcel Reich-Ranicki (1920–2013) in seiner Biografie „Mehr als ein Dichter. Über Heinrich Böll“ herausstellte: „Böll ist ein Anarchist (...). Tatsächlich richtet sich seine Kritik gegen jede Form der institutionalisierten Machtausübung, gegen Staat und Militär, gegen Kirche und Schule“, führte der wohl noch heute bekannteste deutsche Literaturkritiker weiter aus (13).

So lässt Böll in seiner Erzählung „Ende einer Dienstfahrt“ den Militär-Jeep der Bundeswehr als Happening öffentlich in Flammen aufgehen und eine seiner Heldinnen den „Kunst- und Sabotage-Akt“ kommentieren: Sie würde dem Angeklagten „das Geld geben, um dieses Auto zu bezahlen, mit dem er das Einzige getan hatte, was man mit Militärautos tun sollte: sie in Brand stecken.“ Und einer weiteren, ebenfalls „selbst denkenden“ Romanfigur lässt der Literat alle mit dem Fall Gruhl befassten Männer – ihren eigenen eingeschlossen – als ‚Schwachköpfe‘ (bezeichnen), die nicht verstünden, welche Chance sich in der Möglichkeit verberge, diesen Fall Publicity zu verschaffen. „Stell dir vor“, sagte sie ruhig, „alle Soldaten kämen auf die Idee, ihre Autos und Flugzeuge in Brand zu stecken! Aber diese laffen Sozialdemokraten, diese scheinheiligen Schwindler, sind ja noch bürgerlicher als die Bürger geworden.“ (14)

Blockade gegen die Stationierung neuer Raketen der US Army

Aber nicht nur in seinen „Fiktionen“, sondern auch politisch real wusste Böll, auf wessen Seite er stand und wo er Widerstand zu leisten hatte. Dazu gehörte die Blockade der Zugangsstraße der

Kaserne in Mutlangen, als die neuen Mittelstreckenraketen der US-Army angeliefert und eingelagert werden sollten. Böll gehörte zu den Blockierern.

Die an ihn verspätet in einem „Offenen Brief“ – von dem er zuerst über eine Zeitung erfuhr – gerichteten Vorwürfe des die Kaserne kommandierenden Oberst Heinz Kluss erwiderte er im März 1983 mit seinem ebenfalls offenen Antwortbrief: „Wir gefährden die Demokratie nicht, wir machen Gebrauch von ihr“. Darin stellte er unter anderem klar:

„Ich demonstriere gegen die Rüstungspolitik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung, soweit sie uns betrifft, und sie betrifft uns sehr, das wissen Sie als Offizier im höheren Rang besser als ich. Ja, ich blockiere eine US-Kaserneneinfahrt, weil nun mal Raketen zwar von Politikern ‚bestellt‘ sind, aber von Armeen verwaltet werden.“

Böll formulierte in dem Brief auch seinen Hass gegen das „Veteranengeschwätz, weil es meistens den bramarbasierenden Urstoff, sozusagen die Veteranenhefe für die nächste Veteranengeneration, enthält.“ Außerdem nannte er seine Befürchtung, „daß man uns den Soldaten als Kommunisten, wenn nicht Terroristen, avisiert, (und ich) fürchte bezahlte Provokateure.“
(15)

Auf die staatsterroristischen Einsätze von Agent Provokateuren, wie sie in Deutschland schon während der Weimarer Republik üblich waren (16), geht der Literaturnobelpreisträger auch in seinem „Offenen Brief“ von ebenfalls 1983 „Im grinsenden Swinegel-Land“ ein: „Demonstrieren und Blockieren – selten mit Blümchen! – sind ja amerikanische Selbstverständlichkeiten.“ Stattdessen habe er hierzulande Angst „vor Wasserwerfern, hechelnden Hunden, lummergesteuerten V-Männern, die ‚aus dem Ruder laufen‘.“ Schließlich seien er und seine Mitstreiter auch nicht nach Mutlangen gefahren, „um uns wegtragen zu lassen und dabei

fotografiert zu werden. Hingefahren sind wir, um öffentlich zu zeigen (zu demonstrieren eben), daß wir die geplante Nachrüstung nicht für eine Erhöhung, sondern für eine Verringerung unserer deutschen Sicherheit halten. (...) Wir nahmen an der Blockade teil, nahmen Regelverletzung, Ordnungswidrigkeit, möglichen Rechtsbruch in Kauf, weil wir uns genötigt sahen.“ (17)

In seiner Rede von 1981 über die "Einführung zu Lev Kopelews Vortrag bei Inter Nations“ erinnert Böll daran, dass seinem russischen „Freund auf den ersten Blick“ und Dichterkollegen, der während des Zweiten Weltkrieges noch rechtzeitig fliehen konnte, andernfalls „auch der Status des 'normalen' Kriegsgefangenen (...) kaum eine Chance zum Überleben gelassen“ hätte.

Böll zitiert Ergebnisse aus, wie er schreibt, der „umfangreichen Arbeit des Historikers Christian Streit, der mit der notwendigen historiographischen Akribie auch die Mitschuld der deutschen Wehrmacht dokumentiert hat.“ Dessen Studie zufolge betrug „die Sterblichkeit russischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern des Ersten Weltkriegs (...) 5,4 Prozent, im Zweiten Weltkrieg betrug sie fast 11-mal so viel, 57,8 Prozent. Da kann man schon fast von Vernichtungslagern sprechen“, so der Autor. „Und hinter dieser kargen Zahl verbirgt sich der Tod von mehr als drei Millionen "normalen" sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Sterblichkeit deutscher Kriegsgefangener betrug in sowjetischen Lagern etwa 37 Prozent.“ (18)

27 Millionen Sowjetbürger von Deutschen ermordet

In seinem Beitrag "Notwendiger Blickwechsel – Vorwort zu von Moskau nach Berlin" von 1979 erinnert Böll schließlich auch an die Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung: „Schrecken und

Leiden kamen ja nicht aus heiterem Himmel“, so der Literat.

„20 Millionen Tote allein in der Sowjetunion, einige tausend zerstörte Städte, siebzigtausend zerstörte Dörfer; die zerstörten Sachwerte werden auf zweihundertfünfzig Milliarden Mark geschätzt. (...) Es hilft den Opfern einer unseligen Geschichte wenig, wenn man ihre Leiden auf eine Weise politisiert, die die Chronologie nicht nur außer Acht lässt, sondern deren Erwähnung fast schon zur Blasphemie macht. (...)

Menschen sind sie alle! Menschen waren die zwanzig Millionen Opfer, Menschen ihre Angehörigen, Menschen waren es, deren Häuser, Dörfer, Städte zerstört wurden; anders ausgedrückt: sie sind von unserer Art. Ich nehme an, eine solche Feststellung gilt auch heute noch als Ketzerei.“ (19)

Böll wie auch Apel erinnerten an die in Deutschland tabuisierte, verdrängte, und bisher nicht aufgearbeitete Nazi-Vergangenheit – den bisherigen absoluten Tiefpunkt der Menschheit – mit ihren Verfolgungen und Massenmorden an Juden und an Mitgliedern anderer Glaubensrichtungen, Ethnien und Minderheiten, gegen die es die faschistischen Führer verstanden, Hass zu säen – und mit den allerhöchsten Opferzahlen bei den Völkern der früheren Sowjetunion.

Die Bilder von den durch deutsche „Eroberer“ begangenen Gewaltexzessen und Verwüstungen haben sich tief in das kollektive Bewusstsein in Russland und in das der anderen überfallenen und ausgeplünderten Länder eingegraben (20).

Auch viele der Täter kehrten schwer traumatisiert aus dem Krieg oder der Kriegsgefangenschaft in ihre vielfach ebenfalls zerstörten Heimatorte zurück, geprägt von den Erfahrungen der von ihnen begangenen Morde und der Brutalität ihrer „Kameraden“. Der Krieg, so der Psychiater, Begründer der Psychoanalyse und Pazifist

Sigmund Freud (1856–1939), bringt jeden einzelnen Menschen in Lagen, „die ihn entwürdigen, ihn zwingen andere zu morden, was er nicht will, kostbare materielle Werte, Ergebnis von Menschenarbeit, zerstört und anderes mehr.“ (21)

Doch statt dieses über Generationen wirkende Trauma der deutschen Täterschaft aufrichtig aufzuarbeiten, wird „das Unerträgliche“ verdrängt und vermehrt sogar gegen die Opfer gewandt, wie es aktuell die Autoren Klaus Weier in „Schreckliche Generäle“ und Samuel Salzborn in seinem Werk „Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern“ aufzeigen. Konsequent fordert Weier daher:

„Die faschistische deutsche Vergangenheit muss schonungslos aufgearbeitet werden, um daraus Lehren für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen, um bei allen nach 1945 Geborenen zu erreichen, dass sie zum Kampf gegen jede kriegerische Aggression bereit sind, egal von wem sie begangen werden.“

Doch statt sich der deutschen „Vernichtungspolitik und Soldatenwillkür in den ehemals eroberten Gebieten“ zu stellen, registriert der Militärhistoriker zunehmend „andere Legenden (, um) das Geschichtsbild dieser Zeit neu zu bestimmen.“

Inzwischen ist es in der Bundesrepublik sogar wieder „hoffähig“ geworden, öffentlich die mehr als zweifelhaften „Tugenden des deutschen Soldaten, sein Pflichtgefühl und sein unbedingter Wille (darzustellen), die eigene Bevölkerung nicht den Gewalttaten der Roten Armee auszuliefern.“ (22)

Es ist beschämend für alle Deutschen und geradezu schäbig, aus dem Mund einer deutschen „Spitzen“-Politikerin – zu jener Zeit sogar Bundesaußenministerin – hören zu müssen, dass das erklärte Ziel Deutschlands im Ukraine-Krieg, vornehmlich als

Waffenlieferant, Kriegskredit-Bürge und durch wirtschaftliche Sanktionen, darin bestehen soll, Russland zu ruinieren. Ein noch weiteres Flüchten vor der Schuld ihrer Großväter-Generation und Verleugnen deren mörderischen Wüten in der ehemaligen Sowjetunion, wie es Annalena Baerbock von der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit ihrer „Erklärung“ offenbart hat, ist, aus meiner Sicht, kaum noch vorstellbar

Zu den „Aufrechten“ mit klarer Haltung und Geschichtsbewusstsein hingegen zähle ich die heute 91-jährige Menschenrechts- und Friedensaktivistin Laura von Wimmersperg, die sich seit Jahrzehnten um Aufarbeitung und Ablass von der Schuld der im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen und um die Aussöhnung, auch der Westdeutschen mit den Völkern Russlands und der ehemaligen Sowjetunion bemüht. Beispielhaft für dieses strahlende Engagement ist der von ihr initiierte und formulierte Text „Offener Brief aus Berlin an die russischstämmische Bevölkerung“ (23).



„Laura von Wimmersperg (mitte) am Tag der Befreiung bei ihrer „Kranz-“

“Niederlegung“ auf dem Gelände des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Tiergarten, 8. Mai 2025. Foto © Falke“)



„Anerkennendes Andenken für den Verzicht auf Rache trotz der millionenfachen Massenmorde an den Völkern der Sowjetunion am Tag des Sieges über den Nationalsozialismus beim Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, 9. Mai 2025, Foto © Falke“)

Vollmers Hoffnung auf Deutschlands Weg in die Blockfreiheit

Die Konsequenz aus der Verbrechensschuld unserer Vorfahren muss für uns Nachkommen lauten: Natürlich darf nicht geschossen werden – schon gar nicht auf Russen – und möglichst nie wieder aus deutschen Waffen und von deutschen Soldaten auf auch nur

einen Menschen dieses, wie Antje Vollmer es nennt „kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten.“

Diesen Anachronismus sollten wir nach Jahrhunderten der Kriegstreiberei ein für alle Mal überwunden haben. In ihrem „Vermächtnis einer Pazifistin“, ihrer letzte Publikation vor dem von ihr erwarteten nahen Tod, schrieb die Publizistin und Politikerin: „Meine Hoffnung besteht darin, dass sich (...) eine neue blockfreie Bewegung ergeben wird.“ Vollmer fordert dazu auf, endlich aus unserer Geschichte zu lernen: „Jedes Mal, wenn wieder eine der großen Krisen und Kriege des Kontinents überstanden war“, so die Autorin, „konnte man hoffen, der machtpolitische Irrweg sei nun durch bittere Erfahrung widerlegt und gebe einem überlebenstüchtigeren Weltverständnis endlich Raum. Und jedes Mal fielen wie durch einen Fluch die Völker Europas der Versuchung anheim, den Weg der Dominanz und der Konfrontation zu gehen.“

„Und dennoch“ macht die Publizistin am Ende ihrer Analyse Mut für die nahe Zukunft und für nachfolgende Generationen: „Wenn mich nicht alles täuscht, steht Europa kurz vor der Phase einer großen Ernüchterung, die das eigene Selbstbild tief erschüttern wird. Für mich aber ist das ein Grund der Hoffnung.“ (24)

Schließlich haben uns auch schon unsere Verfassungsväter und -mütter in unser „Stammbuch“ geschrieben, wir sollen uns für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einsetzen. Diesen anspruchsvollen Auftrag sollten wir endlich annehmen und erfüllen.

Das bedeutet, die Ausgaben des Finanzhaushalts für das Militär und die Rüstung gegen Null zu setzen. Es bedeutet zugleich: „NATO raus – raus der NATO“ (25) sowie selbstverständlich sofortiges Einstellen von Waffenlieferungen an Armeen anderer Länder und den sofortigen Stopp aller Unterstützungsmaßnahmen, die der Weiterführung von Kriegen dienen – aktuell in der

Ukraine aber auch anderen Kriegs-, „Schauplätzen“.

Und zwar genau in dem Sinne, wie es das Autorenteam des Jugendrates der Generationen in seiner Analyse von 2019 „Ihr habt keinen Plan“ als Konzept für die Abrüstung aufgestellt hat:

- **1. Das Geschäft mit dem Tod beenden.** „Dass Firmen mit der Herstellung und dem Verkauf von Tötungsmaschinen Geld verdienen, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir wollen keinen Reichtum auf Kosten von Menschenleben, daher fordern wir den schnellstmöglichen Abbau der Rüstungsindustrie (...). Wir brauchen Rettungsboote statt Panzer.“
- **2. Maximal 0,5 Prozent des BIP für die Bundeswehr** „Aufrüstung und Frieden sind unvereinbar.“ Die noch zugestandenen maximal 0,5 Prozent Bruttoinlandsprodukt für die Bundeswehr sind so aufzuwenden, dass sie nicht für militärische, sondern für zivile Zwecke verwendet werden.
- **3. Die Bundeswehr wird zu einer unbewaffneten Friedenskraft** „Die Soldat*innen werden zukünftig für Sicherheit und Frieden sorgen, allerdings ohne klassisches Kriegswerkzeug. Um Konflikte beizulegen, wird sie die wirksamsten menschlichen Waffen einsetzen – Vernunft und Empathie.“
- **4. Atomwaffen abschaffen** „Friedenssicherung und Atomwaffen passen nicht zusammen. (...) Deshalb muss Deutschland unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren – unabhängig von den Entscheidungen der Atommächte. Damit ist die Bundesrepublik gezwungen, die Lagerung der Nuklearwaffen in Büchel aufzukündigen. Das macht den Weg frei zum Abzug beziehungsweise zur Zerstörung der Atomwaffen auf deutschem Boden.“ (26)

Schließlich bedeutet dieser konsequente „Turnaround“ auch einen Abschied von der bislang die BRD militärisch besetzenden und in allen Belangen dominierenden Hegemonialmacht USA. Nach 80 Jahren Vasallentum ist es höchste Zeit für diese „Abnabelung“, um endlich die Barbarei des wertelosen Kapitalismus zu überwinden und eine menschheitsgeschichtlich höhere Stufe in Richtung Emanzipation und Kommunismus zu erreichen.

Die neue politische Heimat für Deutschland sollte die multipolare Welt sein, wie sie durch die BRICS-Staaten bereits repräsentiert und weiter auf dem Weg geführt wird. Es wird Zeit, sich für dieses „Friedensbündnis“ weit zu öffnen und darin mitzuwirken, um gemeinsam eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Statt in die immer tiefere Depression der westlichen Länder am Ende ihres krisenhaften und kriegerischen Kapitalismus zu fallen, könnte eine positive Aufbruchstimmung entstehen – mit dem Ziel, eine Welt ohne Krieg und Hunger zu schaffen. Deutschland erhielt dadurch die Chance, ein wirklich souveräner und gewichtiger Staat im Gefüge der eurasischen Nachbarn zu werden.

Diese optimistische Aussicht führt mich am Ende meiner Beitragsserie raus aus der düsteren Hitler-Welt zu dem aufbauenden Zitat des hoch geachteten Sozialisten, Wachen Publizisten und – wie ein Märtyrer am Ende des NS-Regimes von diesem morallosen Terror-System hingerichteten – Querfront-Widerstandskämpfers Julius Leber:

„Nicht immer braucht sich die Geschichte zu wiederholen. Im Laufe der Jahrtausende bricht ein Ideal vielleicht dreimal zusammen, und eines Tages bleibt es doch siegreich. Man darf sich durch die Geschichte nicht jeden Glauben an eine bessere Menschheitszukunft rauben und verleiden lassen. Im Gegenteil, man muß sich zu solchem Glauben überreden, man muß sich selbst zu überzeugen suchen.“ (27)



Ulrich Falke lebt in Berlin und hat unter anderem bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer und „Verfassungsvater“ Fritz Eberhard Publizistik studiert. Als Journalist schrieb er zuletzt für

Wissenschaftsredaktionen und Auftraggeber wie das Bundesforschungsministerium. Außerdem arbeitete er als Mentor für Politikwissenschaft, als Familientherapeut und als Lehrer vornehmlich in „Willkommensklassen“, im Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer sowie ehrenamtlich im Kirchenasyl. Seit 2020 gehört er dem Autorenkreis von Rubikon, heute Manova, an.